

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 11. Februar 1998

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	18	Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	10, 30
Blunck, Lilo (SPD)	9, 26	Kastner, Susanne (SPD)	21, 22
Conradi, Peter (SPD)	33, 34	Kemper, Hans-Peter (SPD)	7, 8
Erler, Gernot (SPD)	19, 20	Kohn, Roland (F.D.P.)	3, 25
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	11	Dr. Richter, Edelbert (SPD)	6, 27
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	16, 17	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	14, 15
Höfer, Gerd (SPD)	1, 2	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	31, 32
Iwersen, Gabriele (SPD)	12, 13	Steen, Antje-Marie (SPD)	23, 24
Jäger, Renate (SPD)	28, 29	Wallow, Hans (SPD)	4, 5

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Gerd Höfer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Verlag, der Kalender „mit freundlicher Unterstützung der Bundeswehr“ herstellt und vertreibt, auch einen Kalender im Programm hat, der von der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ gestaltet wurde und der als Verherrlichung der Waffen-SS und Wehrmacht angesehen werden kann?

2. Abgeordneter
Gerd Höfer
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um in der aktuellen Situation weitere Beschädigungen der Bundeswehr zu vermeiden und sich jegliche Vermutungen über Verbindungen zu nationalsozialistischen und rechtsextremistischen Kreisen zukünftig zu entziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

3. Abgeordneter
Roland Kohn
(F.D.P.) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Schienenhochgeschwindigkeitsstrecke Paris – Saarbrücken – Mannheim aus der Tatsache, daß die Republik Frankreich Anfang Februar Gelder nur für die Strecke Paris – Straßburg bereitgestellt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

4. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Aufgrund welcher neuen Erkenntnisse will die Bundesregierung zukünftig wieder Polizeihilfe als allgemeine entwicklungspolitische Aufgabe betreiben (s. Äußerungen von Bundesminister Carl-Dieter Spranger im „Tagesspiegel“ vom 24. Januar 1998), und welche konkreten Projekte sind hierzu vorgesehen?

5. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung in der Vergangenheit mit der Polizeihilfe in Guatemala gemacht (Ausbildung von guatemaltekischen Führungskräften in Deutschland, Einweisung durch deutsche Ausbilder in Guatemala, Materialhilfe etc.), und welche Gründe sprechen aus ihrer Sicht dafür, diese wieder aufzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordneter
**Dr. Edelbert
Richter**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung in Anbetracht der finanziellen Situation der ostdeutschen Städte und angesichts der Tatsache, daß die Stadt Weimar 1999 auf Antrag der Bundesregierung Kulturstadt Europas wird, die zugesagte Förderung von 16 Mio. DM für ausreichend, um das notwendige qualitative Niveau der Veranstaltungen des Kulturstadtjahres zu gewährleisten? *)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordneter
**Hans-Peter
Kemper**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschränkung der ehrenamtlichen Tätigkeit arbeitsloser Menschen auf die Dauer von 18 Stunden im Hinblick auf verschiedene Aufrufe zum Tag des Ehrenamtes, sich verstärkt ehrenamtlicher Tätigkeit zu widmen?
8. Abgeordneter
**Hans-Peter
Kemper**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, mit der die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit der Arbeitslosen freigegeben wird, um ihnen Möglichkeiten einer wenn auch unbezahlten, aber sinnvollen Beschäftigung zu eröffnen und damit einen Beitrag zur Förderung des Ehrenamtes zu leisten?

*) s. hierzu auch Frage 27

9. Abgeordnete
Lilo
Blunck
(SPD) Ist es zutreffend, daß seit Anfang dieses Jahres Arbeitslosenunterstützung an Erwerbslose ohne Girokonto um die Kosten für die Auszahlung oder Überweisung gekürzt wird? *)
10. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU) Plant die Bundesregierung Gesetzesinitiativen zur Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten Gehörloser, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

11. Abgeordneter
Dr. Olaf
Feldmann
(F.D.P.) Trifft es zu, daß die EU zum Schutz vor BSE die Autoklavierung auch homöopathischer Präparate vorschreiben will, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Folgen des Autoklavierens für die Wirksamkeit solcher Präparate?
12. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß durch geeignete Instandsetzung medizinischer Einmalartikel große Einsparpotentiale für die Krankenhäuser entstehen?
13. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD) Könnte der Entwurf des Ersten Medizinprodukte-Änderungsgesetzes mit dem Einverständnis der Bundesregierung dahin gehend geändert werden, daß auf dem deutschen Markt nur solche Projekte als Einmalprodukte deklariert werden dürfen, deren Instandsetzung und Resterilisation unmöglich/unrentabel ist?
14. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) Ist es richtig, daß die Bundesregierung bei der Instandsetzung von Medizinprodukten im neuen Medizinproduktegesetz eine Regelung erreichen will, wonach die Instandsetzung an die Beachtung der Angaben des Herstellers geknüpft werden soll?
15. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) Ist der Bundesregierung bewußt, daß durch eine Bindung der Instandsetzung von Medizinprodukten an die Erlaubnis des Herstellers zwar die meist ausländische Herstellerindustrie unterstützt wird, dem Gewerbebezweig der Instandsetzung in Deutschland aber die Existenzgrundlage entzogen wird?

*) s. hierzu auch Frage 26

16. Abgeordneter
**Karl Hermann
Haack
(Extertal)
(SPD)** Welche Möglichkeiten gibt es nach Meinung der Bundesregierung, um die Instandsetzung medizinischer Einmalartikel im Medizinproduktegesetz abzusichern?
17. Abgeordneter
**Karl Hermann
Haack
(Extertal)
(SPD)** Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, durch eine gesetzliche Absicherung der Medizinprodukt-Instandhaltung im dabei tätigen Gewerbe Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten und Krankenhäuser durch die erneute Verwendung ihrer fachmännisch resterilisierten Einmalartikel finanziell zu entlasten?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU)** Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wann mit der Errichtung einer konsularischen Vertretung in Königsberg zu rechnen ist?
19. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)** Auf welche Text-Passagen und auf welche Auslegung der VN-Resolutionen 678 von 1990 und 687 von 1991 stützen sich im einzelnen die Argumentationen, ein Militärschlag gegen das irakische Regime des Saddam Hussein sei heute auch ohne einen erneuten Beschluß des VN-Sicherheitsrates völkerrechtlich abgesichert, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Argumentation?
20. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)** Über welche fachliche Expertise zur Frage der völkerrechtlichen Legitimation eines Militärschlags gegen das irakische Regime ohne erneuten VN-Sicherheitsratsbeschluß verfügt die Bundesregierung derzeit, und welche Expertise hierzu wird sie sich ggf. verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

21. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die zunehmende Patentierung von Dichternamen, Orts- oder Landschaftsbezeichnungen für eine wünschenswerte Entwicklung, und wie steht sie dem Gedanken gegenüber, daß es sich bei solchen Namen um nationales Allgemeingut handelt?
22. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Erwägt die Bundesregierung Gesetzesinitiativen, um solchen Patentierungen einen Riegel vorzuschieben, und wie begründet sie eine ablehnende oder zustimmende Haltung?
23. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Erachtet die Bundesregierung die in den letzten Jahren zunehmende Patentierung von Markenzeichen, bei der immer mehr alltägliche Begriffe wie Namen und Ortsbezeichnungen patentiert werden, um offensichtlich daraus Kapital zu schlagen, indem der patentierte Begriff verkauft wird, als zunehmende Entwicklung, der Einhalt geboten werden müßte?
24. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß unter dieser einhergehenden Vermarktung von Namen und Ortsbezeichnungen insbesondere der deutsche Tourismussektor zu leiden hat, wenn beispielsweise der Namen „Ruppiner Land“, markenrechtlich geschützt durch eine Privatperson, nicht mehr ohne entsprechende Gebührensatzung durch die Stadt Neuruppin für touristische Zwecke genutzt werden darf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter
Roland Kohn
(F.D.P.)
- Wie hoch wäre die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt im Jahre 1997 ausgefallen, wenn die Europäische Währungsunion bereits begonnen hätte?

26. Abgeordnete
**Lilo
Blunck**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung an Erwerbslose ohne Girokonto bereit, darauf hinzuwirken, daß die Geldinstitute gesetzlich verpflichtet werden, auf Antrag eines Kunden ein Girokonto für ihn einzurichten und hierüber den bargeldlosen Zahlungsverkehr auf Guthabebasis abzuwickeln? *)
27. Abgeordneter
**Dr. Edelbert
Richter**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die angedachte Besteuerung von Kultursponsoring das Aus für das Projekt „Weimar – Kulturstadt Europas 1999“ bedeuten würde, und ebenso für unzählige weitere kulturelle Vorhaben in ganz Deutschland? **)
28. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch den umstrittenen Sponsoringerlaß vom Sommer 1997 zwar die steuerliche Behandlung der sponsernden Unternehmen verbessert wird, die Regelungen hinsichtlich der Besteuerung der Sponsoringempfänger für die Finanzbehörden aber so weit auslegbar sind, daß kulturelle Einrichtungen größere Nachteile erfahren oder sogar in ihrer Existenz gefährdet werden können?
29. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der eingetretenen Situation, daß nämlich potentielle Sponsoren sich bereits mit der Bereitstellung von Sponsorengeldern sehr zurückhalten, den sogenannten Sponsoringerlaß so zu fassen, daß schnellstmöglich eine klare Rechtslage hergestellt wird und die Empfänger von Sponsoringgeldern im sozialen oder kulturellen Bereich nicht schon bei einer Erwähnung des Sponsors oder bei einer Danksagung in einem Programmheft steuerpflichtig werden?
30. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit die jetzt für Kultureinrichtungen bekanntgewordenen negativen Konsequenzen des vom Bundesministerium der Finanzen veranlaßten Erlasses zur Besteuerung von Sponsorengeldern in Zukunft vermieden werden?
31. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)**
(SPD)
- Welche Waldflächen des Bundes wurden in den neuen Bundesländern bisher privatisiert, und wie hoch war der durchschnittliche Verkaufspreis je Hektar?

*) s. hierzu auch Frage 9

**) s. hierzu auch Frage 6

32. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)**
(SPD)
- In welchem Umfang werden zukünftig noch Waldflächen des Bundes in den neuen Bundesländern veräußert, und wie verteilen sich diese Flächen auf diese Bundesländer?
33. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung § 40 Abs. 5 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (vgl. hierzu auch: Ritzel/Bücker, Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Anhang zu § 66 GO-BT), nach dem bei Gesetzentwürfen im Vorblatt unter D die Kosten der öffentlichen Haushalte und unter E die sonstigen Kosten, die ein Gesetz verursachen wird, aufzuführen sind, gestrichen, oder wie anders ist es zu erklären, daß der Gesetzentwurf zur Einführung des Euro – Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Euro (Euro-Einführungsgesetz – EuroEG), Drucksache 13/9347 vom 26. September 1997, keine Kosten nennt?
34. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung dem Parlament rechtzeitig vor dem Votum des Deutschen Bundestages zur Einführung des Euro (Bewertung des Übergangs zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion gemäß Entschließung des Deutschen Bundestages zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union vom 2. Dezember 1992, Nummer 3 Abs. 5, Drucksache 12/3906) die der öffentlichen Hand (Bund, Ländern und Gemeinden) entstehenden Kosten mitteilen?

Bonn, den 6. Februar 1998

